## Gesetz- und Verordnungsblatt

für das Land Hessen · Teil I

<table>
<thead>
<tr>
<th>Tag</th>
<th>Inhalt</th>
<th>Seite</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>14. 8. 02</td>
<td>Verordnung zur Umsetzung der Richtlinie 89/48/EWG des Rates vom 21. Dezember 1988 über eine allgemeine Regelung zur Anerkennung der Hochschuldiplome, die eine mindestens dreijährige Berufsausbildung abschließen, für die Laufbahnen in Hessen (Hessische EG-Hochschuldiplomanerken</td>
<td>530</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>nungsverordnung – HLVO-EG)</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>GVBl. II 70-225</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>15. 8. 02</td>
<td>Fünfte Verordnung zur Änderung verwaltungskostenrechtlicher Vorschriften</td>
<td>537</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Ändert GVBl. II 305-51, 305-49</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>6. 8. 02</td>
<td>Verordnung über Zuständigkeiten nach dem Börsengesetz</td>
<td>539</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>GVBl. II 54-45; hebt auf GVBl. II 54-34</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>19. 8. 02</td>
<td>Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Landespflegeausschuss nach § 92 Abs. 4 des Elften Buches Sozialgesetzbuch</td>
<td>540</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>Ändert GVBl. II 350-80</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>13. 8. 02</td>
<td>Verordnung über die Amtstracht bei den ordentlichen Gerichten, den Gerichten der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit, den Gerichten für Arbeitssachen, den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit und dem Hessischen Finanzgericht</td>
<td>541</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>GVBl. II 210-85; hebt auf GVBl. II 210-41, 211-4</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>22. 6. 02</td>
<td>Verordnung über Zuständigkeiten nach dem Tierseuchengesetz</td>
<td>542</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>GVBl. II 350-173; hebt auf GVBl. II 356-140</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>27. 6. 02</td>
<td>Verordnung über Zuständigkeiten nach der Verordnung zum Schutz der Kinder vor einer Infektion mit dem Bovinen Herpesvirus Typ 1</td>
<td>543</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>GVBl. II 356-174</td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>
Verordnung
über eine allgemeine Regelung zur Anerkennung der Hochschuldiplome,
die eine mindestens dreijährige Berufsausbildung abschließen,
für die Laufbahnen in Hessen
(Hessische EG-Hochschuldiplomenerkennungsverordnung – HLVO-EG*)
Vom 14. August 2002


E r v e r  A b s c h n i t t
Allgemeine Vorschriften

Erster Titel
Anerkennungsvoraussetzungen

§ 1
Anerkennung des Diploms
1. die Antragstellerin oder der Antragsteller die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Union besitzt,
2. die Antragstellerin oder der Antragsteller die deutsche Sprache in Wort und Schrift beherrscht,
3. das in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union erworben oder anerkannte Diplom zum unmittelbaren Zugang zu einem Beruf im öffentlichen Dienst des Herkunftsstaates berechtigt und
4. das Diplom im Vergleich zu dem entsprechenden deutschen Hochschulabschluss in Verbindung mit dem Vorbe reitungsdienst oder der hauptberuflichen Tätigkeit weder ein inhaltliches noch ein zeitliches Defizit im Sinne des Art. 4 Abs. 1 Buchst. a oder b der Richtlinie 89/48/EWG aufweist.


§ 2
Ausgleichsmaßnahmen
(1) Erfüllt die Antragstellerin oder der Antragsteller nicht die Voraussetzungen des § 1 Abs. 1 Nr. 4, ist die Anerkennung
1. bei einem inhaltlichen Defizit nach Wahl der Antragstellerin oder des An tragstellers von einer Eignungsprüfung (§ 19) oder einem Anpassungslehrgang (§ 19),

(2) Liegt sowohl ein inhaltliches als auch ein zeitliches Defizit vor, kann nur der Ausgleich des inhaltlichen Defizits verlangt werden.

(3) Abweichend von Abs. 1 und 2 und § 1 Abs. 1 Nr. 4 ist das Diplom, das auf der Grundlage eines rechtswissenschaftlichen Studiums erworben wurde, als Befähigung für die Laufbahn des höheren allgemeinen Verwaltungsdienstes nur anzu erkennen, wenn die Antragstellerin oder der Antragsteller mit Erfolg eine Eignungsprüfung abgelegt hat.

§ 3
Ablehnung des Antrages
Die Anerkennung ist zu versagen, wenn
1. die Voraussetzungen der §§ 1 und 2 nicht erfüllt werden,
2. die Ausgleichsmaßnahmen nicht erfolgreich abgeschlossen worden sind oder die Antragstellerin oder der Antragsteller sich ihnen nicht innerhalb einer angemessener Frist unterzogen hat (§ 21),
3. die für die Anerkennung erforderlichen Unterlagen trotz Aufforderung nicht in angemessener Frist vollständig vorgelegt werden,
4. ein entsprechender Antrag bereits von derselben oder einer anderen Behörde bestands- oder rechtskräftig abgelehnt wor den ist, es sei denn, die Voraussetzungen haben sich zwischenzeitlich geändert, oder
5. die Antragstellerin oder der Antragsteller wegen schwerwiegender beruf licher Vorfälle, Straftaten oder sonstiger Gründe für den Zugang zum Beamtenverhältnis nicht geeignet ist.

*) GVBl. I S. 70-225
Zweiter Titel
Verfahren

§ 4
Antrag
(1) Der Antrag auf Anerkennung ist an das Regierungspräsidium Gießen zu richteten.
(2) Dem Antrag sind beizufügen:
1. ein Lebenslauf mit tabellarischer Darstellung des beruflichen Werdeganges,
2. Diplome, Prüfungszeugnisse oder sonstige Befähigungsnachweise im Sinne des Art. 1 Buchst. a der Richtlinie 89/48/EWG,
3. Nachweis der Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Union,
4. ein Führungszeugnis des Bundeszentralregisters oder eine entsprechende, von zuständigen Behörden des Heimat- oder Mitgliedstaats ausgestellte Bescheinigung, die bei ihrer Vorlage nicht älter als drei Monate sein sollen,
5. Bescheinigung des Heimat- oder Herkunftsstaates, aus der hervorgeht, zu welcher Berufsausbildung im öffentlichen Dienst das Diplom berechtigt,
6. Nachweis über den Erwerb der erforderlichen deutschen Sprachenkenntnisse durch das große deutsche Sprachdiplom des Goethe-Instituts oder einem gleichwertigen Nachweis, falls Deutsch nicht die Muttersprache der Antragstellerin oder des Antragstellers ist,
7. Nachweise über Inhalte und Dauer der Ausbildung, aus denen die Anforderungen hervorgehen, die zum Erwerb des Diploms zu erfüllen waren,
8. Bescheinigungen über die Art und Dauer der nach Erwerb des Diploms in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union ausgeübten Tätigkeiten in der Fachrichtung des Diploms,
9. eine Erklärung, dass die Anerkennung weder gleichzeitig bei einer anderen deutschen Einstellungsbehörde beantragt noch zu einem früheren Zeitpunkt abgelehnt worden ist,
10. in den Fällen des § 2 Abs. 1 und 2 eine Erklärung zur Ausübung des Wahlrechts bezüglich Anpassungslehrgang oder Erkennungsprüfung.
(3) Der Antrag und die beizufügenden Unterlagen sind, soweit sie von der Antragstellerin oder von dem Antragsteller stammen, in deutscher Sprache vorzulegen, sonstige Unterlagen mit einer beigefügten Übersetzung.

§ 5
Bewertung des Diploms
(1) Die zuständige Behörde (§ 4 Abs. 1) stellt im Einvernehmen mit dem Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst fest, ob das Diplom einem deutschen Universitäts- oder Fachhochschulabschluss vergleichbar ist. Sie ordnet es demgemäß einer Laufbahn des höheren oder gehobenen Dienstes zu und stellt weiter fest, ob das Diplom ein inhaltliches oder zeitliches Defizit aufweist.
(2) Bei einer Laufbahn mit Vorbereitungsdienst ist außerdem das für die Ordnung der Laufbahn zuständige Ministerium zu beteiligen.
(3) Wird ein Defizit festgestellt, legt die zuständige Behörde nach Maßgabe der §§ 18 bis 20, bei Laufbahnen mit Vorbereitungsdienst im Einvernehmen mit dem für die Ordnung der Laufbahn zuständigen Ministerium, im Einzelfall die erforderlichen Ausgleichsmaßnahmen fest.
(4) Die Abs. 1 bis 3 sind im Falle des § 2 Abs. 3 nicht anzuwenden.

§ 6
Bescheid
(1) Die Entscheidung über den Antrag ist über die Antragstellerin oder dem Antragsteller spätestens vier Monate nach Vorlage der vollständigen Unterlagen schriftlich mitzuteilen; die Frist wird um die Zeit hinausgeschoben, die im Falle des Nachforderens von Unterlagen für die Ergänzung der Antragsunterlagen festgesetzt worden ist. Der Bescheid ist außer bei sofortiger Anerkennung des Diploms zu begründen; er muss bei einem Defizit auch konkrete Angaben zu den erforderlichen Ausgleichsmaßnahmen enthalten.
(2) Im Anerkennungsbescheid ist darauf hinzuweisen, dass die Anerkennung keinen Anspruch auf Einstellung begründet.

Zweiter Abschnitt
Ausgleichsmaßnahmen im Einzelnen
Erster Titel
Eignungsprüfungen für Juristinnen und Juristen

§ 7
Prüfungskommission
(1) Für die Durchführung der Eignungsprüfung nach § 2 Abs. 3 ist eine Prüfungskommission zuständig, die dem für das Dienstrecht zuständigen Ministerium oder der von ihm bestimmten Stelle eingerichtet wird. Sie ordnet es demgemäß einer Laufbahn des höheren Dienstes zu und stellt weiter fest, ob das Diplom ein inhaltliches oder zeitliches Defizit aufweist.
(2) Die Mitglieder der Prüfungskommission sind bei ihrer Prüfungstätigkeit unabhängig und an Weisungen nicht gebunden.
(3) Das für das Dienstrecht zuständige Ministerium oder die von ihm bestimmte Stelle legt die Aufgaben für Prüfungsaufgaben fest und ist zuständig für alle Maßnahmen im Rahmen des Prüfungsvorhabens, soweit nicht die Prüfungskommission entscheidet.
(4) Die Mitglieder der Prüfungskommission müssen während der mündlichen Prüfung ständig anwesend sein.

(5) Das für das Dienstrecht zuständige Ministerium kann die Durchführung der Eignungsprüfung durch Vereinbarung mit dem Bund oder einem Land auf die dort für die Eignungsprüfung zuständige Stelle übertragen.

§ 8
Zweck der Eignungsprüfung

(1) Die Eignungsprüfung ist eine die beruflichen Kenntnisse der Antragstellerin oder des Antragstellers betreffende staatliche Prüfung, mit der beurteilt werden soll, ob sie oder er

1. mit den einschlägigen Rechtsvorschriften hinreichend vertraut ist und
2. die Fähigkeit besitzt, diese Vorschriften sachgerecht anwenden.

Dabei ist der Umstand Rechnung zu tragen, dass die Antragstellerin oder der Antragsteller im Heimat- oder Herbsteinstaat bereits über eine Qualifikation verfügt.

(2) Das für das Dienstrecht zuständige Ministerium oder die von ihm bestimmte Stelle verzichtet auf Antrag auf schriftliche Prüfungsleistungen, wenn die Antragstellerin oder der Antragsteller durch ein Prüfungzeugnis nachweist, dass sie oder er in der bisherigen Ausbildung in einem Pflichtfach oder einem Wahlfach die für den höheren allgemeinen Verwaltungsdienst erforderlichen Kenntnisse im deutschen Recht erworben hat.

§ 9
Prüfungsleistungen

(1) Die Eignungsprüfung besteht aus einer schriftlichen und einer mündlichen Prüfung. Prüfungsfächer sind

1. das Pflichtfach Öffentliches Recht einschließlich des Europäischen Gemeinschaftsrechts und
2. ein Wahlfach, das im Antrag nach § 4 Abs. 2 festzulegen ist.

Die Prüfung wird in deutscher Sprache abgelegt.


(3) Die Antragstellerin oder der Antragsteller wird zur mündlichen Prüfung nur zugelassen, wenn mindestens eine Aufsichtsarbeitsaufgabe mit der Note "ausreichend" oder einer besseren Note bewertet wurde; andernfalls gilt die Eignungsprüfung als nicht bestanden.


§ 10
Prüfungsgbiete

(1) Die Eignungsprüfung erstreckt sich im Pflichtfach

1. aus dem Bereich des öffentlichen Rechts auf
   a) die Grundrechte und das Staatsorganisationsrecht ohne Finanzverfassung und Notstandsverfassung,
   b) das allgemeine Verwaltungsrecht und das allgemeine Verwaltungsverfahrensrecht,
   c) das besondere Verwaltungtrecht (Grundzüge des Beamtenrechts, des Rechts der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, des Wirtschaftsverwaltungsrechts, des Umweltrechts und des Raumordnungs- und Bau- rechts),
   d) das Verwaltungsprozessrecht einschließlich der Grundlagen im Gerichtsverfassungsrecht sowie im Überblick das Verwaltungsprozessrecht,

2. aus dem Bereich des Europäischen Gemeinschaftsrechts auf
   a) die Strukturprinzipien der Gemeinschaftsrechtsordnung,
   b) die Systematik des Rechtssystems der Europäischen Gemeinschaften,
   c) die innerstaatliche Rechtswirkung von Gemeinschaftsrechtsakten.

(2) Wahlfächer sind das Zivilrecht, das Arbeitsrecht und das Strafrecht. Die Eignungsprüfung erstreckt sich im Wahlfach

1. Zivilrecht auf
   a) den Allgemeinen Teil des Bürgerlichen Gesetzbuches,
   b) das Schuldrecht und das Sachenrecht,
   c) das Zivilprozessrecht einschließlich der Grundlagen im Gerichtsverfassungsrecht;

2. Arbeitsrecht auf
   a) die Grundzüge des Individualarbeitsrechts und des kollektiven Arbeitsrechts,
b) das dazugehörige Prozessrecht einschließlich der Grundlagen im Gerichtsverfassungsrecht,

3. Strafrecht auf
a) die allgemeinen Lehren des Strafrechts,
b) den Besonderen Teil des Strafgesetzbuches,
c) das Strafprozessrecht einschließlich der Grundlagen im Gerichtsverfassungsrecht.

§ 11
Versäumnis von Prüfungsterminen und Nichtabgabe von Aufsichtsarbeiten
(1) Folgt die Antragstellerin oder der Antragsteller ohne ausreichende Entschuldigung einer Aufforderung zur Anfertigung einer Aufsichtsarbeit, nicht oder gibt sie oder er eine Arbeit nicht oder nicht fristgemäß ab, ist die Prüfungsleistung mit der Note „ungentigend“ zu bewerten.

(2) Erscheint die Antragstellerin oder der Antragsteller ohne ausreichende Entschuldigung nicht oder nicht rechtzeitig zu dem Termin für die mündliche Prüfung oder nimmt sie oder er den Termin nicht bis zum Ende wahr, gilt die Eignungsprüfung als nicht bestanden.

§ 12
Ordnungswidriges Verhalten.
Rücktritt von der Eignungsprüfung
(1) Über die Folgen eines ordnungswidrigen Verhaltens der Antragstellerin oder des Antragstellers, insbesondere eines Täuschungsversuchs, entscheidet die Prüfungskommission.

(2) Versucht die Antragstellerin oder der Antragsteller, das Ergebnis einer Aufsichtsarbeit oder der mündlichen Prüfung durch Täuschung zu beeinflussen, ist die jeweilige Prüfungsleistung mit der Note „ungenügend“ zu bewerten. In schweren Fällen ist die Eignungsprüfung für nicht bestanden zu erklären.

(3) Die Eignungsprüfung kann nur innerhalb einer Frist von drei Jahren seit dem Tag der Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses für nicht bestanden erklärt werden.

(4) Die Antragstellerin oder der Antragsteller kann nach der Zulassung nur aus wichtigem Grund von der Eignungsprüfung zurücktreten. Trifft die Antragstellerin oder der Antragsteller ohne wichtigen Grund zurück, gilt die Eignungsprüfung als nicht bestanden.

§ 13
Prüfungsergebnisse

(2) Bei Bildung des Gesamtergebnisses sind die Ergebnisse der schriftlichen Aufsichtsarbeiten mit je 30 vom Hundert und das Ergebnis der mündlichen Prüfung mit 40 vom Hundert zu berücksichtigen.

(3) Wird das Gesamtergebnis der Prüfung schlechter als mit „ausreichend“ bewertet, ist die Eignungsprüfung nicht bestanden.

§ 14
Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses
Die oder der Vorsitzende der Prüfungskommission gibt der Antragstellerin oder dem Antragsteller im Anschluss an die mündliche Prüfung das Ergebnis der Eignungsprüfung bekannt. Das für das Dienstrecht zuständige Ministerium oder die von ihm bestimmte Stelle erteilt einen Bescheid.

§ 15
Niederschrift
(1) Über den Prüfungsbegang ist eine Niederschrift aufzunehmen, in der festgestellt wird:
1. Zeit und Ort der mündlichen Eignungsprüfung,
2. die Zusammensetzung der Prüfungskommission,
3. die Namen der Prüfungsteilnehmerinnen oder Prüfungsteilnehmer,
4. die Bewertung der Aufsichtsarbeiten,
5. die Gegenstände und Bewertung der mündlichen Prüfung,
6. das abschließende Prüfungsergebnis einschließlich der Entscheidung nach § 17 Abs. 2.
7. besondere Vorkommnisse.

(2) Die Niederschrift ist von der oder dem Vorsitzenden und einem Mitglied der Prüfungskommission zu unterschreiben.

§ 16
Einwendungen
(1) Gegen die Bewertung ihrer Prüfungsleistungen können die Antragstellerinnen und Antragsteller schriftlich Einwendungen erheben.

(2) Einwendungen gegen die Bewertung der schriftlichen Aufsichtsarbeiten sind spätestens binnen eines Monats nach Zustellung des Bescheids über das Ergebnis der Prüfung bei dem für das Dienstrecht zuständigen Ministerium oder der von ihm bestimmten Stelle geltend zu machen und innerhalb von zwei Monaten nach Zustellung des Bescheids im Einzelnen und nachvollziehbar schriftlich zu begründen. Einwendungen gegen die Bewertung der mündlichen Prüfung sind unverzüglich nach Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses bei dem für das Dienstrecht zuständigen Ministerium oder der von ihm bestimmten Stelle geltend zu machen und spätestens binnen eines Mo-
nats nach Zustellung des Bescheids über das Ergebnis im Einzelnen und nachvollziehbar schriftlich zu begründen.

(3) Entsprechen die Einwendungen nicht den Anforderungen nach Abs. 1 und 2, werden sie zurückgewiesen. Im Übrigen werden die Einwendungen den Prüfern zur Überprüfung ihrer Bewertung zugeleitet.

§ 17
Wiederholung der Eignungsprüfung
(1) Bei Nichtbestehen kann die Prüfung einmal wiederholt werden.

(2) Die Prüfungskommission kann bestimmen, dass die Eignungsprüfung nicht vor Ablauf einer Frist, die nicht mehr als ein Jahr betragen darf, wiederholt werden kann.

Zweiter Titel
Sonstige Ausgleichsmaßnahmen

§ 18
Eignungsprüfung
(1) Die Eignungsprüfung in anderen Fällen als dem des § 2 Abs. 3 ist eine die beruflichen Kenntnisse der Antragstellerin oder des Antragstellers betreffende staatliche Prüfung, mit der die Fähigkeit, die Aufgaben der angestrebten Laufbahn sachgerecht auszuführen, beurteilt werden soll. Sie muss dem Umstand Rechnung tragen, dass die Antragstellerin oder der Antragsteller im Heimat- oder Herkunftsstaat bereits über eine Qualifikation verfügt.

(2) Die Eignungsprüfung besteht aus einer schriftlichen und einer mündlichen Prüfung. Die zuständige Behörde (§ 4 Abs. 1) verzichtet auf Antrag auf schriftliche Prüfungsleistungen, wenn die Antragstellerin oder der Antragsteller durch ein Prüfungsergebnis nachweist, dass sie oder er die für die angestrebte Laufbahn erforderlichen Kenntnisse erworben hat. Die Prüfung wird in deutscher Sprache durchgeführt.

(3) Bei Laufbahnen mit Vorbereitungsdiest führt die Eignungsprüfung das für die Ordnung der Laufbahn zuständige Ministerium oder die von ihm in der Rechtsverordnung nach § 17 Abs. 1 des Hessischen Beamtenstatuts mit der Durchführung der Laufbahnprüfung beauftragte Stelle durch. Bei Laufbahnen besonderer Fachrichtungen wird die Eignungsprüfung von den für die Ordnung der Laufbahn zuständigen Ministerium durchgeführt.

(4) Im übrigen finden die §§ 7 und 9 Abs. 2 bis 4, die §§ 11, 12 und 13 Abs. 2 und 3 und die §§ 14 bis 17 unter Berücksichtigung der an die jeweilige Laufbahn zu stellenden Anforderungen entsprechende Anwendung.

(5) Für die Bewertung der Prüfungsleistungen ist § 19 Abs. 5 Satz 1 anzuwenden.

§ 19
Anpassungslehrgang
(1) Der Anpassungslehrgang besteht aus einer berufspraktischen Ausbildung in den Laufbahnauflagen unter Anleitung und Verantwortung einer oder eines qualifizierten Berufsangehörigen (Ausbildungsleiterin oder Ausbildungsleiter); er kann eine theoretische Zusatzausbildung umfassen.


(3) Der Status der Antragstellerin oder des Antragstellers bestimmt sich nach dem in der Anlage vorgesehenen Vertrag.

(4) Der Anpassungslehrgang endet außer mit Ablauf der festgesetzten Zeit vorzeitig auf Antrag. Er kann außerdem vorzeitig verhältnismäßig aufgelassen werden, wenn schwerwiegende Pflichtverletzungen der Teilnehmerin oder des Teilnehmers der Fortführung entgegenstehen.


(6) Werden die Leistungen nicht mindestens mit der Gesamtnote „ausreichend“ bewertet, ist der Anpassungslehrgang nicht bestanden. In diesem Fall kann der Anpassungslehrgang bis zu einem Jahr verlängert werden.

§ 20
Berufserfahrung
(1) Berufserfahrung ist die Ausübung einer der angestrebten Laufbahn entsprechenden Tätigkeit in der öffentlichen Verwaltung eines Mitgliedstaates. Abweichend von Satz 1 reicht eine außerhalb des öffentlichen Dienstes erworbene Be-
rufserfahrung aus, wenn das Diplom einem entsprechenden deutschen Hochschulabschluss gleichwertig ist.

(2) Zum Ausgleich eines zeitlichen Defizits ist eine Berufserfahrung von der doppelten Dauer der Fehlzeit nachzuweisen. Höchstens kann eine Berufserfahrung von vier Jahren verlangt werden.

(3) Bei einem zeitlichen Defizit im Vergleich zur einschlägigen hauptberuflichen Tätigkeit darf nur die einfache Dauer der fehlenden Berufserfahrung verlangt werden.

**Dritter Abschnitt**

**Schlussvorschriften**

§ 21
Abchluss des Anerkennungsverfahrens
Mit dem erfolgreichen Abschluss der Eignungsprüfung oder des Anpassungslehrgangs oder mit dem Nachweis der geforderten zusätzlichen Berufserfahrung erwirbt die Antragstellerin oder der Antragsteller die Befähigung für die Laufbahn des gehobenen oder höheren Dienstes, der das Diplom nach § 5 Abs. 1 zugeordnet worden ist; andernfalls ist der Antrag abzulehnen. Der Antrag ist ebenfalls abzulehnen, wenn sich die Antragstellerin oder der Antragsteller der vorgesehenen Ausgleichsmaßnahme trotz Aufforderung nicht in angemessener Frist unterzieht. § 6 Abs. 1 ist entsprechend anzuwenden.

§ 22
Einstellung
Die vorstehenden Regelungen lassen Auswahlverfahren für die Einstellung in ein Beamtenverhältnis unberührt.

§ 23
In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten


**Hessische Landesregierung**

**Der Ministerpräsident**
Koch

**Der Minister des Innern und für Sport**
Bouffier
Vertrag

Zwischen

dem Land Hessen

- vertreten durch ............................................. -

und

Herrn/Frau ..................................................................................................................
geboren am ............................................. in .............................................................
wohnhaft ....................................................................................................................

wird folgender Vertrag geschlossen:
Herrn/Frau ..................................................................................................................

bis zum ..................................... Gelegenheit gegeben, in einem Anpassungslehrgang im Sinne
des § 19 HLVO-EG die Kenntnisse und Fähigkeiten für die Laufbahn ..................................

zu erwerben, die in der vorliegenden Qualifikation nicht enthalten sind.

§ 2

(1) Der Anpassungslehrgang besteht aus einer berufspraktischen Ausbildung in den Aufgaben der Laufbahn

unter Anleitung und Verantwortung einer oder eines qualifizierten Berufsangehörigen (Ausbildungsleiterin oder Ausbildungsleiter), er kann eine theoretische Zusatzausbildung umfassen.

(2) Die Ausbildungsleiterin oder der Ausbildungsleiter legt die Einzelheiten des Anpassungslehrgangs fest (§ 19 Abs. 2 HLVO-EG).

§ 3

Dienstobliegenheiten werden nicht übertragen.

§ 4

Der Anpassungslehrgang endet außer durch Ablauf der festgesetzten Zeit vorzeitig auf Antrag. Er kann außerdem vorzeitig von Amts wegen beendet werden, wenn schwerwiegende Pflichtverletzungen der Teilnehmerin oder des Teilnehmers der Fortführung entgegenstehen.

§ 5

Die Teilnehmerin oder der Teilnehmer am Anpassungslehrgang hat den Anweisungen der Ausbildungsleiterin oder des Ausbildungsleiters zu folgen, sie oder er wird zu Beginn des Anpassungslehrgangs auf die Pflicht zur Verschwiegenheit hingewiesen.

§ 6

Die Teilnehmerin oder der Teilnehmer am Anpassungslehrgang kann sich in allen Fragen der Durchführung des Anpassungslehrgangs an die Ausbildungsleiterin oder den Ausbildungsleiter wenden. Die Ausbildungsleiterin oder der Ausbildungsleiter stellt durch geeignete Maßnahmen sicher, dass sich die Teilnehmerin oder der Teilnehmer die in § 1 genannten Kenntnisse und Fähigkeiten in sachgerechter Form aneignen kann.

§ 7

Eine Vergütung oder ein sonstiges Entgelt wird nicht gewährt.
Fünfte Verordnung
zur Änderung verwaltungs kostenrechtlicher Vorschriften
Vom 15. August 2002


Artikel 1\)
Änderung der Allgemeinen Verwaltungskostenordnung

Die Anlage zur Allgemeinen Verwaltungskostenordnung vom 30. April 2001 (GVBl. I S. 238) wird wie folgt geändert:

1. Spalte 4 wird wie folgt geändert:
   a) In der Überschrift wird die Angabe „(DM)* gestrichen.
   b) Alle in Klammer gesetzten, auf DM lautenden Beträge werden gestrichen.

2. In Nr. 112 wird in Spalte 2 nach den Worten „beteiligt sind“ die Worte „oder deren Verfahren abgeschlossen ist“ eingefügt.

3. In Nr. 1411 wird in Spalte 4 die Zahl „16* durch die Zahl „16,50* ersetzt.


5. In Nr. 1413 wird in Spalte 4 die Zahl „11* durch die Zahl „11,50* ersetzt.

6. Nach Nr. 142 werden folgende Nr. 15 bis 152 eingefügt:

<table>
<thead>
<tr>
<th>Nr.</th>
<th>Gegenstand</th>
<th>Bemessungsgrundlage</th>
<th>Gebühr EUR</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>15</td>
<td>Ablehnung der Gewährung einer Geldleistung, Anforderung einer Geldleistung</td>
<td>2</td>
<td>3</td>
</tr>
<tr>
<td>151</td>
<td>Entscheidung über einen Widerspruch, soweit dieser erfolglos geblieben ist</td>
<td>nach Zeitaufwand</td>
<td>höchstens 20 v. H. des streitigen Betrags</td>
</tr>
<tr>
<td>152</td>
<td>Zurücknahme eines Widerspruchs, soweit die Behörde bereits mit der sachlichen Bearbeitung begonnen hatte</td>
<td>nach Zeitaufwand</td>
<td>höchstens 10 v. H. des streitigen Betrags</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Artikel 2\)
Änderung der Verwaltungskostenordnung für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst


1. Spalte 4 wird wie folgt geändert:
   a) In der Überschrift wird die Angabe „(DM)* gestrichen.
   b) Alle in Klammer gesetzten, auf DM lautenden Beträge werden gestrichen.

\* Ändert GVBl. II S. 105-51
\* Ändert GVBl. II S. 105-49
Nr. 122 erhält folgende Fassung:

<table>
<thead>
<tr>
<th>Nr.</th>
<th>Gegenstand</th>
<th>Bemessungsgrundlage</th>
<th>Gebühr EUR</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>122</td>
<td>Genehmigung oder Anerkennung der Einrichtung oder der Erweiterung einer nichtstaatlichen Hochschule oder Berufsakademie</td>
<td></td>
<td>750 bis 5000</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Artikel 3
Diese Verordnung tritt am vierzehnten Tage nach der Verkündung in Kraft.

Wiesbaden, den 15. August 2002

Hessische Landesregierung

Der Ministerpräsident
Koch

Der Minister der Finanzen
Weimar

Die Ministerin
für Wissenschaft und Kunst
Wagner
Verordnung
über Zuständigkeiten nach dem Börsengesetz¹)

Vom 6. August 2002

Aufgrund des § 3 Abs. 7 Satz 2, des § 10 Abs. 3 Satz 2, des § 11 in Verbindung mit § 10 Abs. 3 Satz 2, des § 20 Abs. 1 Satz 3, des § 28 und des § 58 Abs. 2 Satz 2 des Börsengesetzes vom 21. Juni 2002 (BGBl. I S. 2010) wird verordnet:

§ 1
Börsenaufsichtsbehörde im Sinne des § 1 Abs. 1 Satz 1 des Börsengesetzes ist das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung.

§ 2
Die der Landesregierung zustehende Befugnis,
1. Rechtsverordnungen nach § 3 Abs. 7 Satz 1 des Börsengesetzes über Art, Umfang und Zeitpunkt der im Hinblick auf bedeutende Beteiligungen nach § 3 Abs. 5 und 6 des Börsengesetzes vorgesehenen Anzeigen,
2. Rechtsverordnungen nach § 10 Abs. 3 Satz 1 und § 11 in Verbindung mit § 10 Abs. 3 Satz 1 des Börsengesetzes über die Wahl des Börsenrates,
3. Rechtsverordnungen nach § 20 Abs. 1 Satz 1 des Börsengesetzes über die Sanktionsausschüsse an den Börsen,
4. Rechtsverordnungen nach § 28 des Börsengesetzes über das Zulassungsverfahren und die Rechte und Pflichten der Skontrolleure,
5. Rechtsverordnungen nach § 58 Abs. 2 Satz 1 des Börsengesetzes über Art und Umfang der Anzeigen von elektronischen Handelsystemen und der vorzulegenden Unterlagen
zu erlassen, wird der Ministerin oder dem Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung übertragen.

§ 3

§ 4

Wiesbaden, den 6. August 2002

Hessische Landesregierung

Der Ministerpräsident
Koch

Der Minister
für Wirtschaft, Verkehr
und Landesentwicklung
Posch

¹) GVBl. II S 54-45
²) Heft auf GVBl. II S 54-34
Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Landespflegeausschuss nach § 92 Abs. 4 des Elften Buches Sozialgesetzbuches¹)
Vom 19. August 2002


Artikel 1

Die Verordnung über den Landespflegeausschuss nach § 92 Abs. 4 des Elften Buches Sozialgesetzbuches vom 20. Oktober 1995 (GVBl. I S. 484) wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 erhält folgende Fassung:

(1) Die Zahl der von den Pflegeeinrichtungen sowie den Pflegekassen einschließlich des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung bestellten Mitglieder wird auf je neun festgesetzt:

1. Für die Pflegekassen bestellen
   a) die AOK-Die Gesundheitskasse in Hessen zwei Mitglieder,
   b) die Landesvertretungen Hessen des Verbandes der Angestellten-Krankenkassen e.V. und des Arbeiter-Ersatzkassen-Verbandes e.V. gemeinsam zwei Mitglieder,
   c) der BKK Landesverband Hessen ein Mitglied,
   d) die IKK Hessen ein Mitglied,
   e) die Landwirtschaftliche Pflegekasse Hessen und Rheinland-Pfalz ein Mitglied,
   f) die Krankenkasse für den Gartenbau und die Bundesknapp-

schaft gemeinsam ein Mitglied,

2. der Medizinische Dienst der Krankenversicherung ein Mitglied.

2. Für die Träger von Pflegeeinrichtungen bestehen
   a) die Liga der freien Wohlfahrtspflege fünf Mitglieder,
   b) die Verbände privat-gewerblicher Pflegeeinrichtungen in Hessen vier Mitglieder.

b) In Abs. 3 wird in Nr. 5 der Punkt durch ein Komma ersetzt und als Nr. 6 und 7 werden angefügt:

„6. ein Mitglied, das vom Landesverband des Deutschen Verbandes der Leitungskräfte von Alten- und Behinderteneinrichtungen e.V. vorgeschlagen wird,

7. ein Mitglied, das von der zuständigen Behörde der Heimaufsicht vorgeschlagen wird.“


3. In § 6 wird folgender Satz angefügt:


Artikel 2


Wiesbaden, den 19. August 2002

Hessische Landesregierung

Der Ministerpräsident
Koch

Die Sozialministerin
Lautenschläger

¹ Änderung GVBl. II S. 350-80
Verordnung
über die Amtstracht bei den ordentlichen Gerichten, den Gerichten
der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit, den Gerichten für Arbeitssachen,
den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit und dem Hessischen Finanzgericht¹

Vom 13. August 2002

2. April 2001 (GVBl. I S. 170), wird ver­
ordnet:

§ 1
(1) Zum Tragen einer Amtstracht sind
berechtigt und verpflichtet:
1. Berufsräte und Berufsrätinnen,
Staatsanwältinnen und Staatsanwälte,
Amtsanwältinnen und Amtsanwälte,
2. Beamte und Beamten des gehobe­
nen Justizdienstes und Rechtsreferen­
darinnen und Rechtsreferendare, die
aufgrund § 1 Abs. 1 und § 2 des Geset­
zes über die Bestellung von örtlichen
Sitzungsvertretern der Amts­
richter­
chaft vom 22. Februar 1906 (GVBl. I S. 32) zu Sitzungs­
vertreterinnen und
Sitzungs­
vertretern der Amts­
richter­
chaft bestellt sind,
3. Rechtsreferendarinnen und Rechtsre­
ferendar, denen nach § 142 Abs. 3
des Gerichtsverfassungsgesetzes die
Wahrnehmung der Aufgaben einer
Staatsanwältin oder eines Staatsan­
walt oder einer Amts­
richter­
chaft übertragen ist,
4. Urkunds­
beamte und Urkunds­
be­
amte der Geschäfts­
stelle.

(2) Die Amtstracht ist in allen zur Ver­
handlung oder zur Verkündung einer
Entscheidung bestimmten Sitzun­
gen in den gerichtlichen Sitzungsräumen zu tragen.
Bei anderen richter­lichen Amtshand­
lungen soll die Amtstracht getragen wer­
den, wenn dies mit Rücksicht auf das An­
sehen der Rechtspflege geboten ist.

§ 2
Die örtlichen Sitzungs­
vertreter­
in­
innen und Sitzungs­
vertreter, die Rechts­
referendar­
in­
innen und Rechts­
referendare, denen
liegen

§ 3
Die Verordnung über die Amtstracht
bei den ordentlichen Gerichten, den Ge­
richten der allgemeinen Verwaltungs­
gerichts­
barkeit und dem Hessischen Finanzge­
ericht vom 10. Februar 1977 (GVBl. I S. 122)³ und die Verordnung über die
Amtstracht in der Arbeits­ und Sozialge­
gerichts­
barkeit vom 14. Oktober 1977
(GVBl. I S. 417)⁴ werden aufgehoben.

§ 4
Diese Verordnung tritt am Tage nach
der Verkündung in Kraft. Sie tritt mit Ab­

Wiesbaden, den 13. August 2002

Hessisches Ministerium der Justiz
Der Hessische Minister der Justiz
Dr. Wagner

¹ GVBl. II 210.45
² Halbsatz auf GVBl. II 210.41
³ Halbsatz auf GVBl. II 211.4
⁴ Halbsatz auf GVBl. II 211.4
Verordnung
über Zuständigkeiten nach dem Tierseuchengesetz*)
Vom 22. Juni 2002

Aufgrund des § 26 des Hessischen Ausführungsge-setzes zum Tierseuchengesetz vom 22. Dezember 2000 (GVBl. I S. 624) wird verordnet:

§ 1

1. a) für das Einziehen eines tierärztli-
chen Obergutachtens und die Re-
gelung des Verfahrens nach § 15
Abs. 2,

b) für die Erteilung von Befreiungen

nach § 16 Abs. 2,

c) für die Erteilung der Erlaubnis nach

§ 17d Abs. 1,

d) für die Freistellung nach § 17e

Satz 2
das Regierungspräsidium,

2. in allen übrigen Fällen in den Land-
kreisen die Landrätin oder der Landrat
und in den kreisfreien Städten die O

oberbürgermeisterin oder der Ob

erbürgermeister als Behörden der Lan-
desverwaltung – Staatliches Amt für
Lebensmittelüberwachung, Tierschutz
und Veterinärwesen –.

§ 2
Die Verordnung über Zuständigkei-
ten nach dem Tierseuchengesetz vom
16. September 1980 (GVBl. I S. 373) wird
aufgehoben.

§ 3
Diese Verordnung tritt am Tage nach
der Verkündung in Kraft. Sie tritt mit Ab-

Wiesbaden, den 22. Juni 2002

Die Hessische
Sozialministerin

Lautenschläger

*) GVBl. II S. 356-373

5 Heis auf GVBl. II S. 356-140
Verordnung
über Zuständigkeiten nach der Verordnung
zum Schutz der Rinder vor einer Infektion mit dem
Bovinen Herpesvirus Typ 1*)

Vom 27. Juni 2002

Aufgrund des § 26 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Tierseuchen-
gesetz vom 22. Dezember 2000 (GVBl. I S. 624) wird verordnet:

§ 1
Zuständige Behörde nach der Verordnung zum Schutz der Rinder vor einer Infek-
tion mit dem Bovinen Herpesvirus Typ 1 in der Fassung vom 29. November 2001
(BGBl. I S. 3346) ist in den Landkreisen die Landrätin oder der Landrat und in den
kreisfreien Städten die Oberbürgermeisterin oder der Oberbürgermeister als
Behörde der Landesverwaltung – Staatliches Amt für Lebensmittelüberwachung,
Tierschutz und Veterinärwesen –.

§ 2
Diese Verordnung tritt am Tage nach
der Verkündung in Kraft. Sie tritt mit Ab-

Wiesbaden, den 27. Juni 2002

Die Hessische
Sozialministerin

Lautenschläger

*) GVBl. II 356-374
Absender: A. Bernecker Verlag GmbH
Unter dem Schöneberg 1
34212 Melsungen
PVS, DPAG
Entgelt bezahlt

Herausgeber: Hessischer Staatskanzlei, Wiesbaden
Verlag: A. Bernecker Verlag GmbH,
Unter dem Schöneberg 1, 34212 Melsungen,
Telefon: (0 5641) 1 21 6, Fax (0 5641) 1 21 48
ISDN: (05641) 1 111340, Internet: www.bernecker.de
Druck: A. Bernecker GmbH & Co. Druckerei KG,
Unter dem Schöneberg 1, 34212 Melsungen,
Telefon: (0 5641) 1 21 6, Fax (0 5641) 1 111340

Vertrieb und Abonnementsverwaltung:
Pflaume Postanschrift, Postfach 293, 34127 Kassel,
Tel.: (05 61) 94 15 00 25, Fax: (05 61) 94 15 00 33
